

Datum: 23. November 2023, 7:15 Uhr

Philipp May im Gespräch mit Michael Kretschmer, CDU, Ministerpräsident von Sachsen

May: Die Ampel ist auf der Suche nach 60 Milliarden Euro, möglicherweise sogar mehr. Geld, das fehlt, nachdem Karlsruhe die Haushaltstricks der Bundesregierung für verfassungswidrig erklärt hat und Geld, das zu einem Großteil in den Osten Deutschlands geflossen wäre, sagt jedenfalls Michael Kellner, grüner parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium. Und sein Vorgesetzter, der Wirtschaftsminister, Robert Habeck, hat vor drei Tagen hier im Deutschlandfunk den aus seiner Sicht Schuldigen dafür benannt.

"Sollten wir in eine Krise reingeraten, werden wir die Gas- und die Strompreisbremse nicht mehr ziehen können. Dann werden wir höhere Gas- und Strompreise und Fernwärmepreise haben. Das ist der Sinn der Klage. Darauf zielt er. Der Staat soll die Menschen in dieser Phase nicht mehr schützen, nicht mehr beschützen können für exorbitant hohe Preise, hohe Preisanstiege. Das sagt das Urteil schon jetzt. Ob die Union dagegen klagt, weiß ich nicht genau, aber sie klagt – das muss man sagen – sie klagt dafür, dass Menschen in Deutschland höhere Preise bezahlen. Schönen Dank, Friedrich Merz."

May: Friedrich Merz also. Wer denn sonst, außer dem Oppositionsführer soll schuld sein am verfassungswidrigen Haushalt der Bundesregierung? Reden wir drüber. Am Telefon ist jetzt der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, CDU, schönen guten Morgen.

1

Kretschmer: Guten Morgen.

May: Haben Sie auch schon Danke gesagt zu Friedrich Merz?

Kretschmer: Nein, danke dem Bundesverfassungsgericht, dass es wirklich auch die junge Generation schützt und das, was Politikerinnen und Politiker sich vor einigen Jahren versprochen haben, dass man sich selber Grenzen setzt, wenn die eigene Politik krachend scheitert, dass man sie dann nicht auf Kosten der nächsten Generation durch Schulden realisiert. Dieses Urteil ist eine krachende Niederlage für die Ampel, aber es ist vor allen Dingen ein Schutzmechanismus für uns alle, dass falsche Politik eben nicht durch Schulden verschleiert werden darf. Und deswegen ist diese Aussage von Robert Habeck nicht nur eine Frechheit, sondern eigentlich die Arroganz der Macht. Und das ist bitter für eine Partei, die angetreten ist eigentlich mit Bürgerrechten.

May: Ja, aber trotzdem stellt sich ja die Frage, ob es ein Problem ist für Sie, auf so viel Geld zu verzichten im Sinne des Nichtschuldenmachens.

Kretschmer: Ich sage Ihnen einige Sätze dazu, auch zu der Ansiedlung der Mikroelektronik in den neuen Ländern. Aber man sollte sich jetzt auch nicht ... ich habe das ja in den Nachrichten gehört und in der Presseschau, jetzt gleich wieder ablenken lassen von dem eigentlichen Thema. Die 60 Milliarden Euro müssen Sie in ein Verhältnis setzen zu einem Bundeshaushalt, der rund 500 Milliarden Euro groß ist und das jährlich. Diese 60 Milliarden sind für mehrere Jahre. Das heißt, dieses Geld aufzubringen, wird bei einer vernünftigen Haushaltspolitik möglich sein. Wenn Sie sich nur anschauen, welche Sonderausgaben jetzt beschlossen worden sind in den letzten Monaten, die aus unserer Sicht ja eher die Wirtschaft lähmen und einen völlig falschen Leistungsanreiz, wie beim Bürgergeld, bringen oder 500 Millionen Euro zusätzliche Verwaltungskosten beispielsweise für die Einführung der Kindergrundsicherung ohne einen erkennbaren Mehrwert, ja, nicht die Leistungen, sondern nur die Administrationskosten, dann wird das machbar sein.

May: Ja. Das ist jetzt aber nicht so viel. Also, ja, die Kritik daran ist groß, beispielsweise an der halben Milliarde Verwaltungskosten, aber das sind ja alles keine Posten, die reichen, um die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft in Gang zu halten bzw. um das auszugleichen.

Kretschmer: Ja, aber noch einmal, die 60 Milliarden teilen Sie durch drei. Dann sind es 20 Milliarden bei einem Bundeshaushalt von 500 und Sie sehen, dass das machbar ist. Und der Kanzler hat es ja auch gegenüber den Unternehmen zugesagt. Das ist Ablenkung. Die Ablenkung besteht auch darin, dass Frau Fahimi und andere sagen, jetzt muss die Schuldenbremse gelöst werden. Nein, diese Verschuldungsbremse und das Urteil ist ein Schuss vor den Bug dieser Bundesregierung. Und die Frage ist: Wann wacht sie endlich auf? Wir haben das geringste Wirtschaftswachstum aller Industrieländer der Welt. Wir haben gigantische Strompreise. Wir haben auch keine Idee, wie diese Strompreise nach unten gehen. Wir haben Abwanderung in andere Länder nach Amerika und jetzt wird das Ganze mit neuen Schulden geklärt. Der Grund liegt in einer falschen Wirtschaftspolitik. Und wenn wir diesen Weg jetzt nicht anhalten, natürlich wollen wir klimaneutrale Wirtschaft, natürlich wollen wir den Umbau, aber es ist ja die Frage, wie man das macht. Es ist ja nicht alles alternativlos. Diese Bundesregierung stellt unser deutsches Volk immer ständig vor die Alternative Klimaschutz oder gar nichts. Aber sie wählt den falschen Weg. Und wir müssen zurück zu einem Weg der ökonomischen Vernunft, auch des technologisch Machbaren und dann wird das auch nicht so enden mit einer Rezession, in der wir gerade sind.

May: Okay. Aber Klimaschutz gibt es ja nicht zum Nulltarif. Das heißt, wenn wir das ohne Schulden finanzieren wollen, da beißt die Maus keinen Faden ab, dann müssen wir sparen. Und dann müssen auch die Länder sparen. Wo sparen Sie?

Kretschmer: Ja, aber Sie machen sich das auch wieder zu leicht.

May: Oder Sie.

Kretschmer: Sie sind ein bisschen auf diese ganze Rhetorik reingefallen. Nein, ich sage mal, normalerweise muss doch eine technologische Veränderung ein Mehrwert sein. Jetzt müsste eigentlich Goldgräberstimmung sein. Die ganze Welt will Klimaschutz. Die ganze Welt will künstliche Intelligenz und Digitalisierung. Und dieses Land Bundesrepublik Deutschland, das Land der Ingenieure, dieses Land mit den klugen Leuten schwächelt, liegt ganz hinten auf der Welt bei den Industrieländern. Da muss doch der Fehler hier sein. Die anderen sind doch nicht die Falschfahrer, sondern wir. Das heißt, da muss jetzt eine ...

May: Ja, aber Herr Kretschmer, wenn Sie die ganze Welt ansprechen, dann denken wir natürlich vor allen Dingen an die USA. Und die haben ein viel, viel, viel größeres Subventionspaket beispielsweise für die Klimatransformation verabschiedet als die 60 Milliarden Euro. Und China macht das auch. Also, all diese Länder subventionieren. Da hat Herr Habeck ja durchaus schon einen Punkt. Da muss ich ihn ausnahmsweise mal in Schutz nehmen. Alle diese Länder machen genau diese Wirtschaftspolitik, die Sie jetzt quasi bekritteln an der Bundesregierung, nämlich ...

Kretschmer: Und was ist der Unterschied zwischen diesen beiden Ländern, die Sie genannt haben, und unserem? Dort wächst die Wirtschaft. Dort hat man nicht diese Abwanderungstendenzen, sondern unsere Unternehmen gehen dahin. Also muss doch der Fehler bei uns sein. Und schauen Sie sich das an. Es ist doch ganz klar. Diese Bürokratie, die in einer Übergriffigkeit des Staates besteht, dass hier beispielsweise beim Arbeitszeitgesetz, beim Teilzeit- und Befristungsgesetz viel weniger erlaubt ist als die Europäische Union vorgibt. Dass wir einen Wärme-Standard haben, einen Klimaschutzstandard bei Gebäuden, der so absurd hoch ist, dass er bauen so teuer macht, dass es nicht mehr stattfindet, dass die Baukonjunktur gerade zusammenbricht, ja. Wenn man diesen alten Standard nimmt, KfW 70, dann ist mit einem Mal ganz viel gewonnen. Und wenn man diese Sache durchdekliniert, dann werden sie zu dem Punkt kommen, dass die deutsche Wirtschaft wächst. Erfolgreiche Politik kann doch nicht darin bestehen, dass ich die Wirtschaft schrumpfe, Wohlstand vernichte, um damit Klimaschutz zu erreichen. Das wird uns niemand nachmachen. Und das ist der Fehler. Und deswegen darf man jetzt nicht an der Verschuldungsbremse anfangen, sondern muss anfangen, mit der falschen Politik, die jetzt über zwei Jahre uns in diese Sackgasse geführt hat.

May: Apropos falsche Politik. Jetzt bezweifeln ja auch ganz viele Ökonomen, dass man Klimaschutz und eine Klimatransformation dadurch erreicht, indem man beispielsweise für ganz, ganz viel Geld, Subventionen, Chip-Fabriken nach Deutschland holt. Bei Ihnen wird auch in Dresden eine Chip-Fabrik gebaut vom taiwanesischen Marktführer TSMC, mit eben viel Subvention aus diesem Fonds, von dem jetzt 60 Milliarden Euro fehlen. Fünf Milliarden Euro soll es geben. Das wurde, wie gesagt, schon vor dem Karlsruher Urteil kritisiert. Wäre das nicht eine erste Maßnahme für den Rotstift, wenn Sie mal ganz ehrlich sind zu sich selbst?

Kretschmer: Wenn ich mal ganz ehrlich bin, würde ich in dieser Situation das tun, was jeder privat zu Hause tut und jedes Unternehmen. Ich würde unterscheiden zwischen sehr wichtigen Maßnahmen, wichtigen Maßnahmen und das, was nice to have ist. So, und dann gehen ...

May: Und Chips sind nice to have?

Kretschmer: Und jetzt gehen wir mal alle Maßnahmen durch und fragen uns, wo der Wohlstand in den kommenden Jahren herkommt. Wir fragen nicht nur die Frage, wie wollen wir leben, sondern wovon wollen wir in den nächsten Jahren leben. Und für diese Maßnahmen geben wir das Geld aus. Und noch einmal: Es wird nur mit mehr Freiheit gehen. Das ist ein Experiment, was wir jetzt seit zwei Jahren erleben, was dazu geführt hat, dass die Wirtschaft schrumpft. Der taiwanesische Hersteller ist der absolute Weltmarktführer, der sich für Europa entschieden hat, weil die deutsche Wirtschaft – Maschinenbau, Automobilindustrie – gesagt hat, wir wollen nicht nur bei euch einkaufen, wir wollen, dass ihr hier produziert. Und jetzt muss man sagen, gibt es zwei Komponenten. Eine, die man durchaus kritisieren kann. Die erste besteht darin, dass der Wettbewerb im Bereich der Chip-Industrie tatsächlich auf der ganzen Welt durch Subventionen unfair geworden ist. Das muss man ausgleichen. Aber ich glaube, dass in den Summen für Intel und für TSMC auch Gelder drin sind, die eigentlich nicht sein müssten, weil unser Wirtschaftsstandort durch eigenes Zutun, zum Beispiel diese hohen Energiepreise, nicht wettbewerbsfähig ist. Und über diese Frage habe ich an dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen worden ist und wir uns hier in Dresden gefreut haben, genauso gesprochen. Lassen Sie uns darüber reden, was wir selber dazu beigetragen haben, um diesen Standort nicht so wettbewerbsfähig aufzustellen, wie er sein könnte. Diese Diskussion ist die, dich jetzt im Kern führen möchte. Nicht die Verschuldungsbremse abschaffen, etwas, was der Politik richtige Grenzen setzt in ihrem Handeln, weil sie zukünftige Generationen schützt, sondern das, was vernünftige Ökonomie angeht. Politik besteht doch nicht darin Geld auszugeben. Politik besteht darin, Bedingungen zu schaffen, dass Wirtschaft möglich ist.

May: Warum muss denn diese Chip-Fabrik, wenn man sie in Europa baut, unbedingt in Sachsen gebaut werden? Wie viele Arbeitsplätze – wissen Sie besser als ich, ich habe die Zahl jetzt nicht – wie viele Arbeitsplätze hängen an dieser Chip-Fabrik? Wie viele sollen da arbeiten?

Kretschmer: Na, die Diskussion ist ja anders gelaufen. Also, noch einmal: Europa war in dieser Hochtechnologie lange Zeit führend, hat dann den Anschluss verloren. Wir sinken immer weiter zurück. Der europäische Anteil liegt jetzt unter zehn Prozent. Das Ziel der Europäischen Union ist, dass mindestens 20 Prozent der weltweiten Chips aus der Europäischen Union kommen. Und deswegen hat sie diesen Chip-Act beschlossen. Aber der Hauptpunkt ist doch an dieser Frage auch wieder, jetzt beim Thema Wettbewerb: TSMC hat gesagt, wir wollen nach Dresden, ins Silicon Saxony. Und zwar deswegen, weil hier über 30 Jahre und eigentlich schon in der DDR, aber in den letzten 30 Jahren können wir es überblicken, eine kluge Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Dieses Unternehmen hat sich Dresden ausgesucht, denn hier ist der beste Standort. Nur hier kann man das tun, weil hier die Fachkräfte sind. Und das ist das, was ich dieser Bundesregierung auch mitgeben möchte. Man kann das nicht alles per Order di Mufti tun. Das ist ein Prozess, der auf Vertrauen basiert, der Investitionen in Wissenschaft verlangt. Und dann entwickeln sich die Dinge.

May: Okay, aber Herr Kretschmer, wenn dieser Standort so toll ist, glaube ich Ihnen alles, warum dann diese fünf Milliarden Euro für TSMC?

Kretschmer: Das habe ich Ihnen gerade in der vorigen Antwort gesagt. Weil es einmal so ist, dass der Wettbewerb weltweit verzerrt ist, und weil es auf der anderen Seite

May: Sie können ja auch nach Tschechien gehen. Ist auch nicht weit weg.

Kretschmer: Wie bitte?

May: Sie können ja auch nach Tschechien gehen. Ist auch nicht weit weg und müssen sie nichts zahlen.

Kretschmer: Ja, also ich finde es gut, wenn diese Unternehmen in Deutschland sind, weil hier die Wertschöpfung entsteht. Aber das ist vielleicht auch etwas, was ein

Land, dem es zu gut geht, nicht mehr so sieht. Aber wir sehen ja gerade die Folgen, wenn Wirtschaft nicht wächst, wenn es keinen Aufwuchs gibt. Und noch einmal, dieses Unternehmen hat sich für diesen Standort entschieden. Wir sollten die Diskussion jetzt führen, wie wir das realisieren, was Handwerkerinnen und Handwerker in diesem Land sagen, was diejenigen sagen, die jeden Tag arbeiten gehen, dass viel zu viel Geld ausgegeben wird für Menschen, die nicht arbeiten wollen, erstens. Dass viel zu viel Bürokratie da ist, die mich in meinem Arbeiten als Handwerker lähmt. Dass wir eine gescheiterte Energiepolitik haben. Und auch das sagen wir jetzt seit mehreren Monaten. Lassen Sie uns gemeinsam an den Tisch setzen und eine Energiewende aufsetzen, die auch eine Chance hat, sich zu realisieren. Denn das ist doch das, was die Unternehmen derzeit umtreibt, dass sie keinen Plan haben, wie in den nächsten fünf bis zehn Jahren sich die Preise entwickeln werden. Und da findet eine große Politikverschleierung vonseiten der Bundesregierung statt. Man muss sich stellen. Dieses Urteil ist ein wirklich wichtiger Fingerzeig, den man jetzt ernst nehmen muss.

May: Sagt Michael Kretschmer, CDU-Politiker und Ministerpräsident von Sachsen. Herr Kretschmer, vielen Dank für Ihre Zeit.

Kretschmer: Bitte schön.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.